

Kleine Anfrage Fraktion BDP/CVP (Hans Kupferschmid, BDP/Michael Daphinoff, CVP): Schulraumplanung auf Abwegen?

Seit ein paar Jahren hinkt die Schulraumplanung in der Stadt Bern der Wohnbaupolitik hinterher. Kindergärten werden in Wohnungen eingemietet. Neubauprojekte und Provisorien scheitern am Zeitplan. Der ambitionöse Zeitplan für die Modulbauten scheitert an den Einsprachen, dadurch werden immer wieder Klassen, (Kinder) von einem Schulhaus zum andern verschoben, was weder für die Kinder noch für deren Eltern zufriedenstellend ist.

Wir fordern transparente Information und Klarheit über die Schulraumplanung. Der Gemeinderat wird deshalb um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Was für Sofortmassnahmen sind geplant um der Problematik Herr zu werden?
2. Wurden die möglichen Einsprachen vom Gemeinderat unterschätzt? Wenn Ja, wieso?
3. Wie will der Gemeinderat die verfahrenere Situation in der Schulraumplanung in Zukunft lösen?
4. Wurden diverse Mietverträge mit externen Liegenschaftsbesitzern verlängert? Wenn Ja, auf wie viele Jahre?
5. Was für Modulbauten werden in naher Zukunft erstellt und ist deren Zeitplan realistisch?

Bern, 23. April 2015

Erstunterzeichnende: Hans Kupferschmid, Michael Daphinoff

Mitunterzeichnende: Kurt Hirsbrunner, Martin Mäder, Isabelle Heer, Philip Kohli, Lionel Gaudy, Claudio Fischer, Martin Schneider

Antwort des Gemeinderats

Die Schülerinnen- und Schülerzahlen steigen seit 2011 stetig leicht an. Im Moment kann in der Stadt Bern mit einem jährlichen Wachstum von ca. 2,5 Prozent gerechnet werden. Dieses Wachstum führt dazu, dass die Stadt Bern an verschiedenen Orten die Kapazitätsgrenzen erreicht. Dabei spielen neben den steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen auch neue Unterrichtsformen eine Rolle für den Mehrbedarf an Schulraum. Die steigenden Schülerzahlen aufgrund erhöhter Wohnbautätigkeit werden in den aktuellen Schülerinnen- und Schülerprognosen berücksichtigt und fliessen in die Schulraumplanung ein. Zusätzlicher Schulraum kann so rechtzeitig erstellt werden. Die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung, dass junge Familien mehr Kinder haben und länger in kleineren Wohnungen bleiben, führt aber zu schwierig prognostizierbaren Entwicklungen, auf die kurzfristig reagiert werden muss.

Der Bedarf nach zusätzlichem Schulraum ist in der langfristigen Perspektive ein eher neues Phänomen. Die Stadt Bern hat dazu verschiedene Massnahmen ergriffen, um dieser Herausforderung angemessen begegnen zu können: unter anderem sind dies die Schaffung eines Koordinationsgremiums für die Schulraumplanung, die Erarbeitung einer Schulraumraumstrategie sowie die Erhöhung der personellen Ressourcen für die Schulraumplanung. Der Schulraum soll weiterhin mit Neubauten, Zumieten und flexibel einsetzbaren Modulbauten bereitgestellt werden.

Auch die Erstellung von Modulbauten bedingt aber ein Baubewilligungsverfahren mit der Möglichkeit von Einsprachen. Diese können die Erstellung von Schulraum verzögern. Dies war aktuell der Fall sowohl beim Kindergarten Baumgarten wie auch bei den Modulbauten auf der Munzingermatte. Solche Verzögerungen sind zwar für die Bereitstellung des Schulraums unangenehm, müssen aber als Teil des Prozesses fest eingeplant werden.

Stellungnahme zu den Fragen:

Zu Frage 1:

Ende 2014 hat der Gemeinderat einen extern erarbeiteten Bericht zur Kenntnis genommen und daraus verschiedene Massnahmen in Auftrag gegeben. Unter anderem wurde verwaltungsintern ein Koordinationsgremium eingesetzt, welches bis im Herbst 2015 eine Schulraumstrategie erarbeitet. Die Leitung dieses Koordinationsgremiums liegt beim Schulamt. Die Schulraumstrategie soll Aufschluss darüber geben, wo Handlungsbedarf besteht und wie diesem begegnet werden soll.

Die Instrumente zur Schulraumplanung, insbesondere die Schülerinnen- und Schülerprognosen, sollen weiter verbessert werden. Ein neues Instrument zur Potenzialanalyse aller Schulanlagen wird in einem Pilotprojekt erstmals getestet.

Die Schulkreisgrenzen sollen flexibler gehandhabt werden, um bei Über- und Unterkapazitäten in bestimmten Schulanlagen entsprechend agieren zu können.

Zu Frage 2:

In jedem Bauprojekt muss mit Einsprachen gerechnet werden. Solche sind in dicht besiedelten Quartieren jederzeit möglich. In heiklen Projekten wird vorgängig das Gespräch mit der betroffenen Bevölkerung gesucht oder auch Abklärungen bei Interessenverbänden wie Procap gemacht. So wurde das beim Kindergarten Baumgarten gehandhabt, wo verschiedene Aussprachen mit der Nachbarschaft stattgefunden haben oder bei den Modulbauten im Munzinger, wo die Frage der Behindertengängigkeit resp. der Einbau eines Lifts mit Procap besprochen wurde. Trotz dieser Gespräche wurden in beiden Fällen Einsprachen eingereicht.

Zu Frage 3:

Der Gemeinderat erachtet die Situation nicht als verfahren. Es bleibt aber auch in Zukunft eine Herausforderung, im urbanen Gebiet neuen Schulraum für die zusätzlichen Schülerinnen und Schüler zu bauen, da die Stadt kaum mehr über geeignetes Bauland verfügt. Das führt in vielen Fällen zu Verdichtungen, was wiederum anfälliger für Einsprachen ist.

Wie in der Einleitung aufgeführt, wurde die Schulraumplanung auf eine neue Basis gestellt. Die Planung und Realisierung einer Schulanlage ist normalerweise ein mehrjähriger Prozess. In Anbetracht der steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen muss die Stadt aktuell beschleunigte Prozesse durchführen. Sie wird daher in den kommenden Jahren zusätzlich zu Neubauten auf Zুমieten und flexibel einsetzbare Modulbauten setzen. Die Baubewilligungsverfahren müssen dabei im Zeitplan mitberücksichtigt werden.

Zu Frage 4:

Das Mietverhältnis mit der Eisenbahngesellschaft wurde um mindestens 3 Jahre, der Kindergarten im Kirchgemeindehaus der Friedenskirche um ein Jahr verlängert.

Zu Frage 5:

Aktuell sind Modulbauten im Marzili, im Munzinger und neu auch beim Wyssloch geplant. Der Zeitplan im Marzili kann eingehalten werden. Der Modulbau wird im August 2015 in Betrieb genommen werden. Im Munzinger sollen die Modulbauten auf das Schuljahr 2016/17 zur Verfügung stehen. Im Wyssloch ist die Realisierung auf das Schuljahr 2016/17 geplant. Dieser Zeitplan könnte durch Einsprachen verzögert werden.

Bern, 20. Mai 2015

Der Gemeinderat